

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 104 (2007)
Heft: 4

Artikel: Wenn der "American Dream" unerreichbar ist
Autor: Ruf, Renzo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenn der «American Dream» unerreichbar ist

In den USA gibt es seit 1996 eine zeitliche Beschränkung für den Bezug von Fürsorgeleistungen. Die drastische Folge dieser einschneidenden Reform: Die Zahl von behandelten Fällen sank um Millionen. Viele Amerikaner kämpfen seither aber ums nackte Überleben.

Bis zum Wahltag dauert es noch ein ganzes Jahr. Aber das Ringen um die Nachfolge von George W. Bush im Weissen Haus läuft bereits auf Hochtouren. Die 17 Demokraten und Republikaner, die sich um die US-Präsidentschaft bewerben, treffen sich mittlerweile im Wochenabstand, um unterschiedliche Lösungsvorschläge für die vordringlichsten politischen Probleme auszutauschen. Dies bedeutet, dass sich die Diskussionen üblicherweise um den Irakkrieg, das Krankenversicherungssystem, eine Rentenreform und vielleicht noch um den besorgniserregenden Alkoholkonsum von Minderjährigen drehen. Nur ganz selten aber wird über den Zustand des Sozialhilfesystems gesprochen – obwohl doch gemäss der US-Statistikbehörde im vorigen Jahr 36,5 Millionen US-Bürgerinnen und Bürger unterhalb der Armutsgrenze lebten. Der Grund für dieses Schweigen: Seitdem 1996 der damalige Präsident Bill Clinton eine umfassende Reform des Fürsorgewesens billigte, gilt das Thema für die Politik als erledigt.

Ein Dorn im Auge

Die Reform stiess vor elf Jahren auf heftige Kritik der politischen Linken. Von einem «Kahlschlag» war die Rede, von einem «Krieg gegen die Armen». Ein demokra-

tischer Parlamentsabgeordneter prognostizierte eine Armee von armen Kindern, die sich bettelnd durch die Strassen der Grossstädte schlagen würde. Die republikanische Parlamentsmehrheit aber liess sich von solch düsteren Zukunftsvisionen nicht beirren. Denn das relativ grosszügige Sozialhilfesystem der USA war den Konservativen seit langer Zeit ein Dorn im Auge, weil staatliche Zuwendungen nach dem Giesskannenprinzip ausgeschüttet wurden. Die Republikaner wiederholten deshalb gebetsmühlenartig, dass sie den Teufelskreis der Abhängigkeit, den dieses System geschaffen habe, zerschlagen wollten. Nach einigen politischen Scharmützeln willigte Clinton schliesslich in einen Kompromiss ein. Denn der Demokrat hatte im Herbst 1992 den Präsidentschaftswahlkampf auch deshalb gewonnen, weil er den Wählerinnen und Wählern aus der Mittelklasse versprach, «die Fürsorge, wie wir sie kennen», abzuschaffen – viele hart arbeitende Amerikaner hatten die Geschichten über den angeblich notorischen Missbrauch des Systems satt.

Regionale Unterschiede

Im Kern beschränkte sich die Reform auf zwei Punkte: Zum einen wurde erstmals gesetzlich eine zeitliche Beschränkung für den Bezug von Sozialhilfe festgeschrieben. Seither hat eine Amerikanerin oder ein Amerikaner nur noch während höchstens 60 Monaten das Anrecht auf staatliche Unterstützung – damit sich die Fürsorgebezüger möglichst rasch um einen Job kümmern, werden die

Geldzahlungen häufig nach zwei Jahren unterbrochen. Immigranten müssen grundsätzlich fünf Jahre warten, bis sie Sozialhilfe beantragen können. Zum anderen überliess es die Bundesregierung zu einem grossen Teil den 50 Gliedstaaten, die Kriterien aufzustellen, nach denen sie die ihnen zustehenden Mittel verteilen. Deshalb gibt es seither grosse regionale Unterschiede beim Bezug von Sozialhilfe. So unterstützen einige Gliedstaaten mit dem Geld aus Washington die Finanzierung von Kinderkrippen oder öffentlichen Verkehrsmitteln, weil von diesen Angeboten vor allem arme Bürgerinnen und Bürger profitieren. Andere halten sich nicht an die 60-Monate-Frist – in New York, Massachusetts und Michigan beispielsweise gibt es keine zeitliche Beschränkung für den Bezug von Sozialhilfe. Dritte schliesslich beachten die Vorgaben der Bundesregierung strikt und unterstützen die Fürsorgebezüger nur mit dem Minimum. So erhält in Alabama eine Familie mit einem Kind keine Sozialhilfe, wenn sie mehr als 269 Dollar pro Monat (320 Franken) verdient. In Hawaii hingegen liegt diese Grenze sechsmal höher. Aufgrund dieser gewaltigen Unterschiede treffe keine Aussage über Sozialhilfe mehr für das ganze Land zu, sagen die Sozialwissenschaftlerinnen Gretchen Rowe und Linda Giannarelli vom Urban Institute in Washington.

Fallzahlen abgesackt

Die nationale Debatte – sofern sie überhaupt stattfindet – konzentriert sich deshalb auf die Auswirkungen der Reform. Sowohl

« Wer 200 bis 300 Dollar pro Woche verdient, der kann sich keine Wohnung leisten und muss stattdessen in einem Billigmotel oder gar im Auto leben. »

Befürworter als auch Gegner sind sich einig, dass diese am besten mit dem Wort «drastisch» beschrieben werden können. Zwischen August 1996 und März 2006 wurde bei der Fallzahl ein Rückgang von 59 Prozent (Familien) beziehungsweise 65 Prozent (Einzelpersonen) festgestellt. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Voriges Jahr erhielten landesweit 1,8 Millionen Familien und 4,2 Millionen Einzelpersonen Sozialhilfe – 1996 hatte sich die Fallzahl noch auf 4,4 Millionen Familien und 12,2 Millionen Einzelpersonen belaufen. «Ein Teil dieses Rückgangs», sagt Michael Tanner vom staatskritischen Cato Institut, «lässt sich mit dem stetigen Wachstum der Wirtschaft erklären.» Aber selbst während temporären Einbrüchen, wie beispielsweise im Nachgang zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001, habe sich die Zahl der Sozialhilfebezüger nicht signifikant erhöht. Ausserdem sei die Zahl der Kinder, die in Armut lebten, ebenfalls deutlich zurückgegangen, sagt

« Gemäss der US-Statistikbehörde lebten im vorigen Jahr 36,5 Millionen US-Bürgerinnen und -Bürger unterhalb der Armutsgrenze. »

Tanner. So befindet sich gemäss Statistikern jedes vierte Kind einer alleinerziehenden Mutter in Armut. Vor zehn Jahren noch habe die Hälfte der Kinder von Alleinerziehenden an Hunger gelitten. Mit ein Grund für den Erfolg: «Die meisten, die nicht mehr Sozialhilfe beziehen, haben Arbeit gefunden. Und die überwältigende Mehrheit davon arbeitet Vollzeit», sagt Tanner – darunter auch viele Mütter, die ihre Kinder ohne Mann im Haushalt aufziehen.

Kein anständiges Leben

An diesem Punkt setzen die Reformkritiker ein. Sie bezweifeln grundsätzlich nicht, dass die meisten der zitierten Statistiken stimmen – auch wenn die aufgelisteten Prozentsätze über das starke

Bevölkerungswachstum in den vergangenen zehn Jahren hinwegtäuschen. Sie verweisen aber darauf, dass diese positive Bilanz eine Besonderheit des amerikanischen Arbeitsmarktes ausblendet: In den USA werden nämlich viele Jobs derart schlecht entlohnt, dass selbst für hart arbeitende Bürgerinnen und Bürger ein anständiges Leben nicht möglich ist – auch wenn sie zwei Arbeitsplätze gleichzeitig haben. Die sozialkritische Publizistin Barbara Ehrenreich beschrieb vor einigen Jahren im Buch «Nickel and Dimed. On (not) getting by in America» (Owl Books) die Erfahrungen, die sie als Serviceangestellte, Raumpflegerin und Verkäuferin mit einem Stundenlohn von 6 Dollar oder weniger gemacht hatte. Ihr bitteres Fazit: Die Tausenden von Working Poor befinden sich in einem ständigen Überlebenskampf. Wer 200 bis 300 Dollar pro Woche verdient, der kann sich selbst ausserhalb der grossen Ballungsräume keine Wohnung leisten und muss stattdessen in einem Billigmotel oder gar im Auto leben. Die Ernährung wird ungesund, ein Arztbesuch zum Luxus, Hobbys und Entspannung sind unerschwinglich. «Niemand hat uns darauf vorbereitet, dass man hart arbeitet und dennoch immer tiefer in Armut und Schulden fällt.» Ehrenreich verband ihre Bestandesaufnahme aber auch mit einer scharfen Kritik am politischen Personal in Washington: Dass einem Teil der Bevölkerung der «American Dream», ein Platz an der Sonnenseite des Lebens, verwehrt werde, interessiere weder die Demokraten noch die Republikaner. ■

Renzo Ruf

USA-Korrespondent in Washington

Bild: pixsil